



Interview mit Marc Steiner, Beiratsmitglied Transparency International Schweiz

Interview: Luc Python

In Ihrem Jahresbericht 2013 sagen Sie, dass in der Schweiz gewisse Bereiche des öffentlichen Sektors korruptionsgefährdet sind. Was bedeutet dies?

Tatsächlich ist etwa der IT-Sektor aufgrund der Komplexität und der nur mit einem gewissen Aufwand herstellbaren «Durchschaubarkeit» für Linienvorgesetzte und Aufsichtsinstanzen korruptionsanfällig. Aber auch im Baubereich, wo Anbieterabsprachen ein Thema sind, mit welchen das Ergebnis des Vergabewettbewerbs verfälscht werden soll, ist die Arbeitshypothese zulässig, dass es nicht unwahrscheinlich erscheint, dass auch einmal der Weg der Kollusion mit der Auftraggeberseite gesucht wird. Eine gewisse Korruptionsanfälligkeit haftet indessen dem ganzen öffentlichen Auftragswesen an, da viel Geld im Spiel ist. Man darf nie vergessen, dass das Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hand ca. 40 Milliarden Franken beträgt. Dabei sind die Sektorenauftraggeber (SBB, Alptransit Gotthard AG, Energiekonzerne etc.) nicht eingerechnet.

Ist die Schweiz also kein Musterland mehr, in dem die Korruption inexistent ist? Was hat sich verändert?

Die Schweiz ist wohl nicht korrupter als früher, sie wird aber seit 1996 an neuen vergaberechtlichen Standards gemessen. Das 2012 revidierte WTO-Government Procurement Agreement erwähnt die Korruptionsbekämpfung ausdrücklich als Thema des Vergaberechts. Die Lage ist insoweit mutatis mutandis vergleichbar mit dem Finanzmarkt bzw. der Regulierung desselben. Für das Wirtschaftsverwaltungsrecht gilt generell, dass es heute nicht mehr nur um Geld und Marktzutritt geht, sondern dass die Legitimation wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Regulierung neu auch im Schaffen von Governance-Standards liegt. Diese Sicht der Dinge findet jedenfalls derzeit (und hoffentlich auch in Zukunft) breite politische Akzeptanz.

Was macht die Schweiz, um die Korruption im öffentlichen Sektor zu bekämpfen?

Die Verwaltungspraxis zum Beschaffungswesen wird von verschiedenen Governance-Mechanismen überlagert, um die straf-, verwaltungs- und vergaberechtliche Compliance zu erhöhen, was zugleich die Gefährdungslage in Bezug auf die Korruption entschärfen soll. Die Einhaltung der vergaberechtlichen Standards hat etwa dieselbe Bedeutung wie Verkehrsregeln. Je weniger ausgeprägt die Kultur von Vergaberechtscompliance, desto wahrscheinlicher sind die Unfälle bzw. Missbräuche. Ein ständiges Thema des Verwaltungsrechts ist die Sensibilisierung der Akteure

in Bezug auf die Ausstandsthematik; es gilt, Interessenkollisionen zu vermeiden. Auch der Anschein der Befangenheit muss genügen, damit ein Amtsträger nicht an der Vergabe von Aufträgen mitwirkt. Dann gilt es, die korruptionsstrafrechtlichen Normen bewusst zu machen, insbesondere die Regeln zum sogenannten «Anfüttern». Dasselbe gilt für das öffentliche Dienstrecht, den Kodex für die Annahme von Geschenken und die Regelung zum Whistleblowing.

Sind diese Mittel ausreichend?

Ganz brisant wird die Neuregelung des Vergaberechts von Bund und Kantonen, und zwar in Bezug auf Verhandlungen der öffentlichen Auftraggeberinnen mit den Anbietern. Diese bergen ein grosses Missbrauchspotenzial. Die lege ferenda fordert Transparency International Schweiz, dass eine Verurteilung wegen Korruption zur Nennung auf einer zentralen schwarzen Liste und zu einer Auftragsperre führt. So sehen etwa die neuen EU-Vergaberichtlinien, aber erfreulicherweise auch der Entwurf für die revidierte Interkantonale Vereinbarung (Art. 44 lit. h VE IVöB) einen entsprechenden Ausschlussgrund vor. Beschaffungsstatistik und die Herstellung der Transparenz darüber, welcher Anbieter welchen Auftrag erhalten hat, können ebenfalls Missbräuche verhindern. Auf diese Weise ist etwa dem Tages-Anzeiger-Journalisten Christian Brönnimann die Aufdeckung der SECO-Affäre gelungen.

Welche Rolle übernimmt dabei Ihre Organisation?

Transparency International Schweiz stellt die grösseren Zusammenhänge her und sensibilisiert die Akteure in allen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Bedeutung der Vermeidung von Korruption. Dabei gilt es, namentlich den Umstand hervorzuheben, dass auch die Beteiligung an Korruption im Ausland nicht toleriert werden darf. TI Schweiz baut Know-how auf zu Themen, welche besonders relevant sind für die Korruptionsbekämpfung. Dabei wird ein sehr breites Feld abgedeckt von Korruption im Sport über den Umgang mit Potentalengeldern bis zur Politikfinanzierung. Seit der SECO-Affäre und dem Scheitern des Beschaffungsvorhabens INSIEME ist auch innerhalb von Transparency International die Erkenntnis gereift, dass das öffentliche Beschaffungswesen wohl auch in Zukunft einen der Schwerpunkte bilden wird. In diesem Sinne wird sich Transparency International etwa im Rahmen der laufenden Revision des Vergaberechts einbringen.